

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Bezugnahme bezogen für Preussland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 50b.

Die achtspaltige Anzeigenzeile über dem Namen kostet 4,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleinanzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Teuerungszuschlag. Kleinsten Anzeigen 1000 Zeichen. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,20 M. extra pro Zeile. Stellen-Angebote und Wohnungs-Angebote das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Bezugspreis: Zentrum 2030, 2645, 4518, 4603, 4625, 4648, 4921

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Ablehnung der deutschen Gegenanschläge

## Die Weltkrise

Die Verhandlungen in London scheinen jenen unheilvollen Verlauf zu nehmen, den man befürchten mußte. Mit großem Nachdruck haben wir in der „Freiheit“ und Genosse Hilferding hat es in Wien vor den Vertretern der sozialistischen Parteien hervorgehoben, daß die internationale Lage eine verhängnisvolle Ähnlichkeit mit der im Juli 1914 gewonnen hat, daß die Regierungen immer mehr die Freiheit verlieren, um die sich stets verschärfenden Gegensätze noch durch einen vernünftigen Ausgleich beizulegen, daß sie die Gefangenen ihrer Drohungen geworden sind. Der Verlauf der Londoner Konferenz zeigt, daß wir nur mehr sehr wenig von der Erneuerung des Krieges zu standes entfernt sind.

Die Vorschläge, die die deutsche Regierung gemacht hat, haben zunächst bei den Entente-Regierungen große Enttäuschung hervorgerufen, und namentlich die französische Presse leicht ihrem Unmut zornige und erbitterte Worte. Erkennt die deutsche Regierung in den Pariser Vorschlägen keine geeignete Grundlage für Verhandlungen, so erklärte dasselbe Lloyd George von den deutschen Gegenanschlägen. Es ist möglich, daß es in kürzester Zeit zum Abbruch der Verhandlungen kommt und dann das Spiel der „Sanktionen“, der Strafmaßnahmen beginnt. Und das bedeutet, mögen diese Strafmaßnahmen zunächst sich auch nur auf wirtschaftliche Schritte beschränken, wie auf die Abschneidung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland durch eine neue Zollgrenze, doch in der Tat den Beginn des Wiederauflebens des Krieges mit allen seinen verheerenden Folgen für das ohnedies darniederliegende Wirtschaftsleben nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt.

Es ist klar, daß das, was sich da vollziehen soll, Wahnsinn und Verbrechen ist. Aber das ist ja eben das Furchterliche, daß, obwohl alle Regierungen es wissen, heute noch klarer vor Augen sehen, als selbst in den letzten Julitagen von 1914, welche verheerenden Folgen sie heraufbeschwören, sie alle so in imperialistischen Machtgelüsten und kapitalistischen Konkurrenzbestrebungen verstrickt sind, daß sie die Fähigkeit, den Ausweg zu finden, verlieren. Und nur eines unterscheidet die jetzige Situation von der damaligen, daß das Proletariat sich weder von dem Burgfrieden im Innern, den man jetzt nationale Einheitsfront nennt, noch durch die Preisgabe des internationalen Gesichtspunktes davon abhalten lassen wird, mit aller Kraft mit seinen Gegenaktionen einzusetzen, um in jedem Stadium den Gang der Dinge den Interessen seiner Klasse gemäß zu beeinflussen.

Es ist in dem Augenblick, in dem wir schreiben, noch nicht abzusehen, ob es überhaupt noch zu einer sachlichen Diskussion der Wiedergutmachungsfrage auf der Konferenz kommen wird. Die Gegenanschläge der deutschen Regierung gehen davon aus, daß der Augenblickswert der Pariser Forderungen nach Abzug der 8 Prozent Diskont etwas über 50 Milliarden Goldmark betrage. Die Regierung meint, daß 20 Milliarden bereits durch die bisherigen Leistungen getilgt seien. Den Rest von 30 Milliarden bietet sie als Wiedergutmachungszahlung an. Davon sollen zunächst acht Milliarden durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden, die Deutschland zu verzinsen und von Mai 1926 an mit 1 bis 1 1/2 Prozent zu tilgen hätte. Dazu kämen 5 Prozent Zinsen für die Restsumme von 22 Milliarden. Für die nächsten 5 Jahre will Deutschland, abgesehen von den Zinsen für die bereits mobilisierte Anleihe, feste Jahreszahlungen von je einer Milliarde Goldmark übernehmen. Gegen diese sind bis zum 1. Mai 1926 die fünfprozentigen Zinsen der nicht gegebenen Restschuld in Anrechnung zu bringen. Sollte der Zinsbetrag der Restschuld höher sein als eine Milliarde Goldmark jährlich, so sollen am 1. Mai 1926 die überschüssigen Beträge der Restschuld ohne Berechnung von Zinseszinsen zugeschlagen werden.

Danach würden sich die deutschen Leistungen ungefähr folgendermaßen gestalten: Zunächst die Zinsen für die 8 Milliarden-Anleihe, die bei Annahme von 5 Prozent 400 Millionen jährlich betragen würden, dazu kämen vom 1. Mai 1926 noch 80-120 Millionen für die Tilgung. Für die nächsten fünf Jahre werden außerdem jährlich eine Milliarde gezahlt. Während dieser Zeit würden die 22 Milliarden praktisch unverzinst bleiben. Bei einer Zugrundelegung von fünf Prozent wäre der jährliche Zinsbetrag 1100 Millionen. Da von den 1100 Millionen 1000 auf die Jahreszahlung angerechnet werden, würde 1926 die Kapitalsumme unterdessen um 500 Millionen geringfügig sein. Zugleich verpflichtet sich Deutschland, sobald als möglich durch neue internationale Anleihen die Restsummen abzutragen. Die zwölfprozentige Exportabgabe wird, wenn auch nicht unbedingt, abgelehnt und als Voraussetzung für die Vorschläge vor allem das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland angesehen.

Nach den Nachrichten aus London scheint die Bedeutung dieser Vorschläge nicht in ihrem vollen Umfange von den

Teilnehmern der Konferenz erkannt worden zu sein. Aber wie dem auch immer sei, so müssen wir damit rechnen, daß in dem nächsten Stadium diese Vorschläge zurücktreten und die Strafmaßnahmen in den Vordergrund gelangen. Nun bestimmt der Friedensvertrag, daß die deutschen Leistungen für die Wiedergutmachung vom 1. Mai 1921 an zu erfolgen hätten und die Wiedergutmachungskommission ihren Umfang und die Zahlungsmöglichkeiten bekanntgeben müsse. Erst wenn Deutschland dann mit seinen Zahlungen in Verzug bleibt, diese Tatsache von der Wiedergutmachungskommission konstatiert ist, können Strafbestimmungen in Kraft treten. Gegen diese Auffassung des Friedensvertrages stürmen aber die französischen nationalstaatlichen Kreise an. Sie erklären, daß Deutschland andere Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt habe und deshalb seien die Entente-Regierungen berechtigt, alle Strafmaßnahmen, die ihnen geeignet erscheinen, sofort in Kraft zu setzen. Wenn es auch im gegenwärtigen Momente scheint, daß die englische und namentlich die italienische Regierung, dieser scharfmacherischen Auslegung des Friedensvertrages widerstreben, so ist doch mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die französische Auffassung entweder die Oberhand behält oder daß unter Umständen die französische Regierung sogar allein mit Zwangsmitteln vorgeht. Dadurch würde auch die Aussicht vereitelt, daß noch Zeit gewonnen und unterdessen eine andere Lösungsmöglichkeit, z. B. die Rückkehr zu den Grundgedanken des Brüßler Planes, ein fünfjähriges Provisorium zu schaffen und in diesem Zeitraum mit der Abtragung der Wiedergutmachung, zum größeren Teil durch Sachleistungen zu beginnen, gefunden werden könnte.

## Unannehmbar und indiskutabel

Paris, 1. März.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, das Hauptergebnis der Nachmittags-Sitzung der alliierten Vertreter sei der einstimmige Beschluß gewesen, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenanschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar und sogar als indiskutabel erachtet worden seien. Bei Beginn der Sitzung hätten Douhaeur, Jaspas und Theunis eine gedrängte Kritik der deutschen Gegenanschläge gegeben. Sie hätten zuerst erklärt, die von den deutschen Vertretern vorgeschlagene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 52 Milliarden Goldmark. Da die Deutschen von der Summe von 30 Milliarden Goldmark, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden vermittels einer Anleihe aufbringen wollten, würde dies die Belastung Deutschlands noch mehr verringern. Als Zinsfuß hätten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies für ihre Berechnung vorteilhafter sei, als ein solcher von 5 Prozent. Auch an der Abschätzung der bereits geleisteten Zahlungen hätten die vereinten Minister Kritik geübt. Besonders hätten die Deutschen den Wert der ausgelieferten Handelschiffe auf 7 Milliarden Mark angegeben, während die Summe nach allierter Schätzung nur 700 Millionen Mark betrage. Die Vorschläge, betreffend die internationale Anleihe, hätten die Redner als übertrieben günstig für Deutschland bezeichnet wegen der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen.

Die an letzter Stelle angeführten Bedingungen, besonders über Oberschlesien, seien als unverhältnißvolle Verleugnung des Friedensvertrages (!!) bezeichnet worden, ebenso die Vorschläge auf Leistung der Zahlungen in natura. Infolgedessen hätten die alliierten Delegierten beschlossen, über den deutschen Plan nicht weiter zu beraten.

Morgen früh 10 Uhr werden die militärischen und juristischen Sachverständigen zusammentreten. Der juristische Vertreter des französischen Außenministeriums, Fromageot, wird heute abend in London eintreffen.

## Der amtliche Bericht

London, 1. März. (Reuter.) Amstsch.

Die alliierte Konferenz von heute nachmittag hat beschlossen, die juristischen und militärischen Ratgeber morgen um 10 Uhr zu befragen, mit dem Ziele, die deutsche Delegation am Donnerstag von den Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, die die Alliierten zu treffen sich vorgenommen haben.

Die Sachverständigen treten morgen früh 10 Uhr zusammen. Die alliierten Delegationen versammeln sich mittags, um den Bericht der Sachverständigen entgegenzunehmen und sich über eine entschiedene Antwort auf die deutschen Gegenanschläge schlüssig zu werden.

## Die angedrohten Strafmaßnahmen

London, 2. März.

Reuter erzählt aus französischen Kreisen, daß folgende Sanktionen auferlegt werden sollen, falls Deutschland die Forderungen der Alliierten zurückweist:

Erhebung einer 50prozentigen Abgabe auf deutsche, nach den alliierten Ländern ausgeführte Waren. Errichtung einer Zollschranke für das linke Rheinufer, das damit wirtschaftlich vom übrigen Deutschland getrennt wird.

Besetzung der deutschen Kohlenhäfen auf dem rechten Rheinufer, und schließlich als letztes Mittel Beschlagnahme der deutschen Zölle.

## Der Eindruck bei den Alliierten

EE. Paris, 2. März.

Die Aufnahme, welche die deutschen Gegenanschläge in Paris selbst und in der heutigen Pariser Morgenpresse finden, war zu erwarten. Stadt und Presse sind von vorn erfüllt. Es wird übereinstimmend von einer neuen Herausforderung durch Deutschland, von lächerlichen Angeboten und von schlechtem Willen Deutschlands gesprochen. Die Blätter finden sich einig in der Feststellung, daß die Rede Dr. Simons auf alle Alliierten den schlimmsten Eindruck gemacht habe. Was bei den Betrachtungen der Urteile der heutigen Pariser Morgenblätter besonders interessiert, sind die Folgen, die das deutsche Angebot nach sich ziehen müßte. In dieser Hinsicht aber gehen die Mitteilungen über die von der französischen und englischen Regierung geplanten Absichten weit auseinander. Frankreich hat den brennenden Wunsch nach einem sofortigen Vollzug der Strafmaßnahmen. Dieser Auffassung jedoch wird von englischer und italienischer Seite lebhaft widersprochen. Es wurden bereits gestern drei Kommissionen von Sachverständigen gebildet, eine militärische, eine wirtschaftliche und eine juristische, welche noch heute vormittag zusammentreten werden und heute nachmittag dem Obersten Räte der Alliierten das Ergebnis ihrer Beratungen mitteilen sollen. Die nächste Zusammenkunft mit den deutschen Vertretern ist für Mittwoch in Aussicht genommen. An diesem Tage soll den Deutschen die Ansicht der Alliierten bekanntgegeben werden. Weitere Besprechungen mit den Vertretern Deutschlands sind wenigstens einstweilen nicht geplant.

Dem „Echo de Paris“, das über die im Kreise der Alliierten herrschenden Absichten besonders gut unterrichtet zu sein scheint, ist zu entnehmen, daß Lloyd George vorderhand nur wirtschaftliche Strafmaßnahmen wünscht. In dieser Richtung wird als Plan des englischen Ministerpräsidenten bekannt: Man muß die gesamte deutsche Ausfuhr nach den alliierten Ländern mit 50 Prozent versteuern. Von französischer Seite wird hervorgehoben, daß diese Maßregel wenig wirksam wäre, und man schlägt vor, wenn wirtschaftliche Strafmaßnahmen allein zur Durchführung kommen sollten, Beschlagnahme der deutschen Zölle am linken Rheinufer, gemäß Artikel 270 des Versailler Vertrages, Schaffung eines eigenen Zollgebietes in den Rheinländern und Beschlagnahme der deutschen Kohlenausfuhrorte im Rhein- und im Ruhrgebiet.

Die französischen Sachverständigen treten auch für die Aufhebung der Abmachungen vom 26. Juni 1919 ein, wonach das Rheinland am politischen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands vollen Anteil habe. Was die militärischen Maßnahmen betrifft, ist Lloyd George für eine beschränkte, sozialagere, bestehende Operation. Zwischen den Alliierten besteht ein tiefgehender Widerspruch über die Frage, ob der Artikel 233 des Versailler Vertrages noch vor dem 1. Mai derart in Anwendung gebracht werden könnte, daß die Zwangsmaßnahmen sofort in Vollzug treten würden.

Im Namen der italienischen Delegierten erklärte Graf Sforza, der Buchstabe und der Geist von Versailles müßten beobachtet werden. Unbedingt sei also der 1. Mai abzuwarten, der ja übrigens nicht weit entfernt sei. Wenn die Alliierten eine andere Haltung einnähmen, könnten die Deutschen selbst in den Orientländern Anhänger finden, wodurch eventuell die Anwendung militärischer Strafmaßnahmen schwieriger würde, und Deutschland könnte sich in dieser Angelegenheit an den Völkerverbund wenden. Die Franzosen stehen dem gegenüber auf dem Standpunkt, daß bereits jetzt alle Verhelfungen, die sich Deutschland gegen den Versailler Vertrag habe zu Schulden kommen lassen, festgefesselt werden müssen, und infolgedessen Zwangsmaßnahmen schon jetzt durchzuführen könnten. Lloyd George beharrt auf seiner Meinung, es dürfe nichts entschieden werden, ehe die Alliierten die vollste Sicherheit für ihr zweifelloses Recht gegen Deutschland erlangt hätten. Gegen die Feststellung der deutschen Verhelfungen bezüglich des Versailler Vertrages hat Lloyd George nichts einzureden.

Ueber die Aufnahme der deutschen Gegenanschläge erzählt man, Douhaeur habe davon gesprochen, daß Deutschland im ganzen nur 25 Prozent aller alliierten Forderungen biete. Es sei hervorzuheben, daß Dr. Simons gestern in London seine Rede nicht vollständig vorgelesen habe, und die Erfüllung einer Leistung von nur 25 Prozent sogar noch von gewissen Bedingungen abhängig mache. Die Franzosen

führen als ganz besonders markant an, Deutschland fordere als eine dieser Bedingungen, daß Oberschleichen weiterhin beim Deutschen Reich bleiben müsse, ferner, daß der Weltmarkt von allen Einschränkungen befreit werde und überall Freiheit und Gleichheit in wirtschaftlicher Beziehung zu herrschen hätten. Schließlich stelle Dr. Simons die Forderung auf, daß alle während des Krieges beschlagnahmten deutschen Guthaben an die Eigentümer zurückgeführt werden müßten. Und dies alles, um bloß 25 Prozent der von der Entente geforderten Leistung zu erfüllen!

### Lloyd George an die holländischen Gewerkschaften

Auf den Protest der holländischen Gewerkschaften gegen die Deutschland auferlegten Bedingungen antwortete Lloyd George in einem Telegramm, er sei über rasch, einen Protest der holländischen Gewerkschaften zu erhalten. Er könne sich durchaus nicht erinnern, daß während des Krieges, im Augenblicke, wo die imperialistische deutsche Regierung am Werke war, auszuländern, die holländischen Gewerkschaften einen Protest erhoben hätten. Ebensoviele sei ihm bewußt, daß die Arbeiter Hollands gegen die Verschickung französischer und belgischer Arbeiter, die in Deutschland hätten Sklavenarbeit verrichten müssen, protestiert haben. Soweit es Lloyd George verstanden hätte, hätte der gegenwärtige Protest der holländischen Gewerkschaften keinen anderen Zweck, wie auf die arbeitenden Klassen Frankreichs und Belgiens nicht nur die Kriegskosten, sondern auch jene der Wiedergutmachung der Schäden, die während der Hohenzollernherrschaft durch den Krieg hervorgerufen worden seien, abzuwälzen. Es sei nur gerecht, daß die Urheber des Krieges, deren Länder vollkommen unberührt vom Schrecken des Krieges geblieben seien, für alle diese Folgen aufkommen und die Kosten der Wiederherstellung der zerstörten Länder tragen.

## Das Deutsche Gutachten

Die Sachverständigen-Kommission der deutschen Regierung hat den Alliierten eine ausführliche Denkschrift überreicht, aus der wir folgende Einzelheiten entnehmen:

Zunächst wird gesagt, daß die Forderungen der Alliierten auf Zahlung von 226 Milliarden Goldmark unerschwinglich seien. Das Durchschnittseinkommen in Deutschland betrage auf den Kopf der Bevölkerung rund 3000 Mark Papier, in Frankreich rund 3200 Mark Papier. Die Mehrbelastung nach den alliierten Forderungen würde in Deutschland nur noch 2300 Mark Papiermark lassen. Zahlung durch deutsche Umlaufmittel und durch Uebertragung seien unzumutbar. Dienst- und Arbeitsleistungen für fremde Volkswirtschaft sei in Deutschland nahezu unmöglich gemacht, da es die Werkzeuge dieser Dienstleistungen, vor allem Schiffe, verloren habe, aber auch nicht gegen den Wunsch seiner Gläubiger Arbeiter zur Ableistung von Diensten ins Ausland senden könne. Die Beschaffung ausländischer Kredite in dem notwendigen Umfange werde nicht gelingen. Es bleibe somit nur der Weg der Güterausfuhr, der sich aber beschneiden müsse auf die Ausfuhr des Produktionsüberschusses, d. h. der Differenz zwischen der Erzeugung und lebensnotwendigem Verbrauch.

Es wird dann hingewiesen auf den unglücklichen Stand der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz. Seit schon habe das deutsche Volk mindestens vier Milliarden Goldmark jährlich an das Ausland abzuführen. Die Forderung der Alliierten sei eine Handelsbilanz voraus, die in den kommenden Jahren einen weiteren von zwei auf sechs Milliarden Goldmark steigenden Ueberschuß ergebe. Dazu komme die zwölfpromzentige Ausfuhrabgabe. Eine Beschränkung der Einfuhr von nicht unbedingt lebensnotwendigen Gütern mache große Einnahmequellen unerschöpflich und verlege die Interessen anderer Länder. Die Gesamtlast der Welt werde dadurch noch tiefer sinken. Eine Einsparnis an Nahrungsmitteln sei ebensowenig möglich wie eine Einsparnis an Industrieprodukten. Der Verbrauch der Bevölkerung sei auf ein Mindestmaß gesunken, eine gründliche Erneuerung von Gerüstwerken und Kleidungsstücken sei unabwendbare Notwendigkeit.

Kaustische Zahlen verdeutlichen den Konsumrückgang des deutschen Volkes in den notwendigen Lebensmitteln und Verbrauchsgütern je Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

	1915	1920
Milch	52	etwa 20
Reis	125	80
Verbrauchszucker	19,2	14,1
Raumwolle	7,2	2,3
Wolle	2,2	1,0
Steinkohle	2370	1770
Eisen	253	100

Es wird weiter ausgeführt, daß nach den Forderungen der Alliierten die Gesamtausfuhr Deutschlands auf nahezu 40 Milliarden Goldmark gebracht werden müßte, was unmöglich sei. Sie soll das Doppelte der gesamten Ausfuhr Englands im Jahr 1920 und auch die ausnahmsweise hohe Ausfuhr der Vereinigten Staaten im Jahre 1920 weitentwischen übersteigen. Das müßte zu ganz ungleichen Verhältnissen in der ganzen Welt führen. Die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt würden emporschnellen, der Kreditmarkt müßte sich auf den deutschen Bedarf konzentrieren. Alle übrigen Produktionsländer würden dem den schärfsten Widerstand entgegenbringen. Die Erfüllung der Pariser Forderungen sei eine Verneuerung der menschlichen Arbeitsleistung voraus, die nur in Jahrzehnten verwirklicht werden könnte. Vermehrte Arbeiterzahlen verlangen wiederum erhöhtes Konsum.

Zunächst aber ist eine bedeutliche Verminderung nach Leistung und Zahl eingetreten. Die Leistung des einzelnen unterernährten Arbeiters ist gesunken. Die zahlreichen ausländischen Arbeiter, die Deutschland früher beschäftigt, sind sowohl durch die Umgestaltung der politischen Verhältnisse der umliegenden Länder als auch durch die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands uns bis auf einen geringen Bruchteil entzogen. Der Ausfall beträgt allein für Deutschlands industrielle Arbeit eine Menschenzahl von annähernd einer halben Million.

Es bleibt somit nur als letztes Mittel Verflechtung der Arbeitszeit. Durch internationale Vereinbarung ist der Weltarbeitstag auf acht Stunden beschränkt. Um die von Deutschland geforderte Leistung zu erfüllen, müßte, wenn alle Voraussetzungen hinsichtlich der Produktionsmittel, der Rohstoffe, der Absatzmöglichkeit und des Kapitals gegeben wären und wenn die ständige Arbeitsleistung und der Stand der Technik nicht sinken, die Arbeitszeit des deutschen Arbeiters von acht auf vierzehn Stunden erhöht werden. Dies bedeutet eine Leistung, die selbst in der Frühzeit der Industrialisierung Europas, die rücksichtslos mit Menschenkräften umging, als unerträglich und unerfüllbar angesehen worden wäre. Es besteht keine Möglichkeit für ein Land, einen Anspruch von solcher Unmenschlichkeit an den größten Teil seiner eigenen Bevölkerung zu stellen.

Qualitätsarbeit, wie der Produktionsapparat Deutschlands und seine Verpflichtung zu gesteigerter Erzeugung sie erfordert, kann nur von gesunden, arbeitswilligen und arbeitsfrohen Menschen, nicht von unterernährten, geschwächten und hoffnungslosen Zwangsarbeitern verrichtet werden. Der Eintritt eines solchen Arbeitsverhältnisses in irgendeinem Lande der Erde, ganz abgesehen von Deutschland, würde einen gefährlichen kulturellen Rückschritt bedeuten und unabsehbare Folgen für die Erdbewölkerung nach sich ziehen.

Bei der internationalen Verflechtung aller Arbeitsverhältnisse können überdies grundlegende Umgestaltungen auf diesem Gebiete in keinem Lande ohne Zustimmung der Arbeiterorganisationen aller Kulturstaaten herbeigeführt werden.

Um Deutschlands Produktion in der geforderten gewaltigen Weise zu steigern, sind für den Ausbau wie für den Betrieb Kapitalmengen in einem Umfange erforderlich, wie sie gegenwärtig weder das Land selbst noch die übrige Welt liefern kann. Keine noch so gesteigerte Notenemission ist imstande, Realkapitalien zu schaffen. Gleichzeitig mit der Konsumkrise zieht durch die Welt eine Kapitalkrise, deren Wirkungen auch wir zu spüren beginnen. Wollten unsere Gläubiger es dennoch unternehmen, Deutschland die erforderlichen Kapitalien im Laufe der nächsten Jahre zur Verfügung zu stellen, so würden diese jährlich zu leistenden Zahlungen unsere Reparationsleistungen mehr als aufwiegen.

Gelänge es, 40 Milliarden deutscher Waren zu erzeugen und auf dem Weltmarkt abzuladen, wie dies nach den Pariser Beschlüssen erforderlich wäre, so würde eine vollkommene Umstellung des merkantilen und industriellen Weltbildes die Folge sein.

Deutschland wäre die zentrale industrielle Werkstätte der Erde, die zwar unter gebürdeten Verhältnissen und Hungerlöhnen arbeitete, die aber mit der ganzen Welt verbunden und abhängig eines um sein Leben ringenden Volkes und mit der ganzen Gewalt seines konzentrierten Produktionsapparates auf die Märkte der Erde wirken müßte.

Der Weltmarkt ist kleiner, als gemeinhin angenommen wird. Die Ausfuhrziffer sämtlicher Kulturstaaten zusammengenommen beläuft sich auf weniger als 100 Milliarden Goldmark. Hätte Deutschland in der Vergangenheit ein Zehntel des Gesamtvertrages zu bedeuten, so würde es gezwungen sein, in Zukunft 40 vom Hundert aufzubringen und entsprechende Mengen an Konkurrenzgütern zu verdrängen.

Dies könnte nur geschehen unter gewaltigem Widerstand aller beteiligten und betroffenen Nationen und unter einer Ueberflutung sämtlicher Warenpreise in einem Umfange, der allen Ländern die Produktion unrentabel machte. Bei jeder Marktlage wäre Deutschland gezwungen, zu unterliegen und läge es dies nicht freiwillig, so würde seine Baluta solange sinken, bis ein automatisches Herabspülen des erforderlichen Warenquantums aus dem Lande erfolgte.

Deutschland will den Weltmarkt durch Dumping nicht kören. Ein unwillkürliches Dumping aber entsteht durch den Zwang zu einer Exportfähigkeit, die jedes bisher gefasste Maß überschreitet und, da sie überdies von der Balutaentwertung getragen wird, von keinem menschlichen Willen abgestellt werden kann. Gegen solche Ueberflutung würden sich nicht nur die Fertigfabrikate erzeugenden Länder wehren, sondern vor allem die Rohstoffe auszuführenden, und diese würden es in der Hand haben, den ganzen Plan zu durchkreuzen, indem sie Deutschland die erforderlichen Rohstoffe verweigern oder nur zu Bedingungen liefern, die die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters stark herabdrücken.

Die Konsumkrise ist nicht bloß veranlaßt durch den Ausfall einer großen Zahl konsumierender Gebiete mit etwa 200 Millionen Menschen, sondern auch durch die Schwächung konsumierender Schichten innerhalb selbst der reichsten Länder. Die gesamte Kaufkraft ist auf einen Stand gesunken, der hinter dem zu Ende des vorigen Jahrhunderts weit zurückbleibt. Die Tendenz zum Sparen macht sich allenthalben geltend und verringert die Kaufkraft für Produkte und gesteigertem Ausfuhrwillen. Sticht das allgemeine Ausfuhrbedürfnis an jedem Block der Erde auf den Strom der deutschen Waren, die sich dort zwangsweise ausbieten müssen, so entsteht eine Erbitterung im merkantilen Verkehr der Länder, die alle Konkurrenzstämpfe der Vergangenheit übertrifft. Die Unmöglichkeit einer deutschen Warenausfuhr in der Größenordnung von 40 Milliarden ergibt sich somit von selbst und damit die Unmöglichkeit überhaupt, innerhalb der gegenwärtig bestehenden Weltwirtschaft Ansozialisierungen in einem Umfange vorzunehmen, wie die Pariser Beschlüsse es verlangen.

Die Reparationsleistung kann nicht das Problem einer einzelnen Volkswirtschaft sein; sie ist das erste Problem einer neu zu gestaltenden Weltwirtschaft.

Deutschland sei entschlossen, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, um innerhalb dieser Gesamtwirtschaft den ihm obliegenden schwersten Teil der Leistung auf sich zu nehmen. Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung sei hier Voraussetzung.

## Die Denkschrift über den Reichshaushalt

Unter den Denkschriften, die die deutsche Regierung in London überreicht hat, befindet sich auch eine im Reichsfinanzministerium bearbeitete kurze Denkschrift, die sich mit der Denkschrift der alliierten Sachverständigen über den Haushalt des Deutschen Reiches beschäftigt. Die alliierten Sachverständigen in Brüssel hatten das deutsche Budget genau durchgeprüft und auf Grund dieser Prüfung sowie der Verhandlungen mit den deutschen Delegierten einen Bericht an ihre Regierungen erstattet. Die deutsche Denkschrift beschäftigt sich nun eingehend mit den verschiedenen Feststellungen und vor allem den Schlussfolgerungen der Alliierten. Während die Alliierten bei der Prüfung der Ausgaben darauf hingewiesen haben, daß eine Reihe von sogenannten wirtschaftlichen Ausgaben (Lebensmittelversorgung, Baukostenzuschüsse und Defizite bei den Betriebsverwaltungen) unter allen Umständen verschwinden müßten, und daß zusammen mit diesen Ausgaben Ersparungen von 31 Milliarden Mark gemacht werden könnten, betonen die deutschen Denkschrift, daß die Kernfrage die sei: Wie ist es für Deutschland möglich, den eigenen ordentlichen Bedarf und daneben noch die Ausgaben für die Reparation durch laufende Mittel aufzubringen.

Die deutsche Denkschrift weist darauf hin, daß schon die ordentlichen Ausgaben des Reiches für 1921 43,5 Milliarden Mark betragen werden. Die Erhöhung gegen 1920 ist bedingt durch zwei Momente: Vermehrung der Schuldzinsen um 2,7 Milliarden und Vermehrung der laufenden Ausgaben infolge der nunmehr für das ganze Jahr 1921 wirksam werdenden Gehaltsaufbesserungen, wodurch 3 Milliarden mehr notwendig werden. Es wird dann in der Denkschrift gesagt, wie die deutsche Regierung versuchen wird, den Mehrbedarf herabzubringen. Die außerordentlichen Ausgaben sollen im Jahre 1921 bereits sehr stark eingeschränkt werden, nämlich auf 42,6 Milliarden, darunter 28 Milliarden Mark für die Ausführung des Friedensvertrages.

Die deutsche Denkschrift geht dann auf die einzelnen Punkte ein. Am ein gerechtes Bild zu bekommen, müsse man nicht bloß bei den Einnahmen eine Umrechnung in Gold vornehmen, sondern auch die Ausgaben müßten in Gold umgerechnet werden. Wenn man das Verhältnis, das die alliierten Sachverständigen selbst angenommen haben, zugrunde lege, dann würden im Hauptjahr für 1920 die laufenden Ausgaben für die ganze Reichsverwaltung einschließlich der Wehrmacht von 9,8 Milliarden Papiermark auf 930 Millionen Goldmark zurückgeführt. Gemessen am Haushalte anderer Staaten erscheine diese Ziffer als Ausdruck einer spärlichen Wirtschaft. Die deutsche Regierung arbeite mit allem Nachdruck auf weitere Ersparnisse hin. Aber bei allen Sparsversuchen werde man niemals dazu kommen, Milliarden

## Kleines Feuilleton

Ausstellungen. Die National-Galerie legt ihre so außerordentlich wertvolle Ausstellungsarbeit im Kronprinzenpalais mit einer Kirchner-Kollektion fort. Es ist schade, daß nicht auch neuere Arbeiten dieses feinen, jarten Malers gezeigt werden. Die ausgestellten Werke liegen um Jahre zurück. Die Tätigkeit der Galerie würde aber ihren eigentlichen Wert erst erhalten, wenn sie unerhörten das heutige Werk der Kunst zeigte. Ich möchte bei aller hier stets geübten Schätzung des von Just Geleiteten ausdrücken, daß doch im Kronprinzenpalais zu sehr der Charakter einer gewissen „musealen Würde“ festgehalten wird. Es ist kaum etwas einzubringen gegen die einzelnen Arbeiten, die hier gesammelt werden — außer, daß es selten die stärksten Arbeiten der Künstler sind (weder Feininger, noch Marc, noch Kokoscha sind wirklich gut vertreten) und daß sie in ihrer Gesamtheit eine Tendenz verraten, der Kunst ungenutzte Zeit die Götter zu auszubringen und sie möglichst fern, ja salonmäßig zu präsentieren. Das kann eine große Gefahr werden. Schon jetzt hat man das Gefühl, daß z. B. der barmüthige Schwung des jungen Mornet gemieden werden muß, da sein Werk als eine elementare Naturgewalt hier unter dem zum Teil stark abgeleiteten Arbeiten (Moll, Barmann, Rauen) „unsein“ wirken müßte. Will Just sein Ziel, das ihn weit über den Durchschnitt der Museumsleiter stellt und bei dessen Verfolgung wir ihn stets unterstützen werden, ganz erreichen, nämlich aus der Galerie einen Mittelpunkt lebendigen Kunstinteresses zu machen, so muß er schon wohl oder übel das Stärkste von dem zeigen, was heute geschaffen wird. Postimpressionismus und Expressionismus mögen gesammelt werden. Das ist heute eine Selbstverständlichkeit. Eine Tat wäre erst, das sorgfältig gewählte Werk der Künstler zu zeigen, die uns weiterzuführen. Und dabei darf keine Scheu sein vor der abstrakten Kunst. Wenn die Parole des „Abwartens“ befolgt werden soll, ist es nicht sehr unterschiedlich, ob einer 10 oder 20 oder 30 Jahre wartet. Die Wahl heißt: abwarten oder vertrauen. Es wäre sehr betrüblich, wenn Just vor dem entscheidenden Schritt Halt machte.

Eine sehr lebenswerte Ausstellung zeigt die Kunsthandlung Fränkel und Altmann (Lühovufer 13, unentgeltlich geöffnet bis 6 Uhr abends) mit den neuen Gemälden Arthur Segals. Es ist in den Bildern Segals eine reine Schlichtheit, um berechtigen schon man sie leben muß. In einzelnen Arbeiten, am meisten vielleicht in den erzählend-legendenhaften, ist ein Ton untendanzlicher, vollkommen echter, weil nicht historisierender Volkstümlichkeit, der so noch selten in der neuen Kunst erklang. Wer imstande ist, diesen Ton herauszuhören, wird in der Ausstellung dieses Schöne finden. Ausgezeichnet sind die Nadelarbeiten Erna Segals.

Die Ausstellung Ivan Punis-Petersburg im „Sturm“, Potsdamer Str. 134A, enthält einzelne ganz reizvolle Arbeiten. Die Masse des Materials aber ist gleichgültig und ermöglicht durchaus kein Urteil über die neue russische Kunst. Die Ausstellungsräume einmal lustig zu verwandeln, ist ja sehr nett gedacht, wirkt aber in dieser Art dilettantisch. Der netti gedacht, wirkt aber in dieser Art dilettantisch. Der netti gedacht, wirkt aber in dieser Art dilettantisch.

Total-Anzeiger" Aufnahme aufnehmen, wie das Vorwort von W. E. Groeger.

Das Buch und Kunsthilfswort, Potsdamer Str. 12, zeigte eine Kollektion sehr erstklassiger Arbeiten von Waldemar Geier und zeigt jetzt eine kleine Sammlung tibetanischer Bilder. Wir behalten uns vor, auf die Kunst Obakens in Kürze zurückzukommen, und benutzen heute die Gelegenheit, auch auf die Ausstellung Sinesischer und japanischer Kleinplastik bei Friedmann und Weber, Suda-perker Str. 8, hinzuweisen.

Die Kunsthandlung Alfred Heller, Charlottenburg, Bleib-treustraße 12, die bei seinem Eintritt bis abends 6 Uhr geöffnet ist, zeigte einige schöne Aquarelle von Walter Grammatik, einige ausgezeichnete Holzschnitte von Max Kaus und einige wertvolle westliche Bilder von Otto Freitag, der hier zum ersten Male öffentlich ausstellte. Zur Zeit ist ebendort eine Kollektion des Malers Werner Gotz-bein.

Eine Volkstheaterorganisation in Paris. Auch in Frankreich sucht man wieder den Anschluss ans Volk zurückzugewinnen. Nicht nur um des Volkes oder der Klasse willen, sondern auch um der Kunst willen. Die Teuerung gefährdet den künstlerischen Nach-wuchs, die Sorgfalt der künstlerischen Arbeit leidet unter der Notwendigkeit, volle Häuser zu bekommen. Jimin Gémier, der französische Reinhardt, hat, wie Friedrich Schiller in der „Freien Deutschen Bühne“ mittels, eine neue Volkstheaterorgani-sation geschaffen, die vier Abteilungen umfaßt. Eine für gute Filme. Eine zweite für Kunst, die den Volksgenuss pflegen und überall dort einspringen soll, wo aus politischen Gründen ein anfängliches Orchester und ein permanenter Chor nicht mehr möglich sind. Die dritte Abteilung, aus Künstlern des Théâtre français, des Opéra und den Schülern des Konservatoriums gebildet, soll vor allem die Schüler, die bei sehr ohne Aussicht und ohne systematische Leitung bald hier, bald da einspringen, bei der Stange halten, ihnen eine feste Tradition schaffen und Experimente mit jungen Autoren ermöglichen. Eine vierte Ab-teilung endlich, die auch in Deutschland dringend nachgehmt zu werden verdient, befaßt sich mit der künstlerischen Be-ratung von Vereinen, verbessert Programme und hält sich für Volksfeste und Vorträge zur Verfügung. Bei der großen Autorität, der Tatkraft und Umsicht Gémiers darf man hoffen, daß sein schöner Plan sich auch verwirklicht.

Der Einminuten-Photograph. In den Vereinigten Staaten ist ein neuer photographischer Apparat konstruiert worden, der aus dem Photographieren geradezu ein Kinderspiel macht und bei dem man erst wahrhaft von einem Schnellphotographen sprechen kann. Platten, Films und Dunkelkammer sind ein überwandener Standpunkt, und das ganze Entwicklungs- und Kopierverfahren nimmt nicht mehr als eine Minute in Anspruch. In 60 Sekunden nach dem Schnappen des Objektverschlusses ist an Ort und Stelle, wo die Aufnahme erfolgt, das Bild fertig. Die Handhabung der Kamera ist sehr einfach: man braucht nach der Aufnahme nur auf einen Knopf zu drücken, wodurch eine lichtempfindliche präparierte Platte innerhalb der Kamera in den Entwickler eingeführt wird, der automatisch arbeitet und keine Ueberentwicklung zuläßt. Die Aufnahme erfolgt direkt auf der Platte, so daß sich

der Gebrauch von Platten oder Films erübrigt. Der Apparat kann mit 15 oder 50 Postkarten ausgerüstet werden, ohne daß es einer Dunkelkammer bedürfte. Eine entsprechend konstruierte Linse ermöglicht scharfe Bilder auf jede Entfernung. Die handlich und gefällig ausgestattete Kamera wiegt etwa 680 Gramm und mißt annähernd 10:13:17 Zentimeter, die Bildgröße ist 6:9 Zentimeter. Die originale Kamera ist bereits in mehr als 250 000 Exemplaren in den Vereinigten Staaten verbreitet, was gewiß für ihre praktische Brauchbarkeit spricht.

Wie Ibsen seine Gestalten kannte. In der Londoner „Morningpost“ erzählt Jan Sibellus: Eines Tages unterhielt ich Ibsen mit einem Freunde über seine dichterischen Gestalten. Nach einer kleinen Weile fragte der Freund: „Aber haben Sie diesen Mann auch wirklich vor sich gesehen — kennen Sie ihn wirklich?“ Worauf Ibsen ihn brüsk antwortete: „Ob ich ihn wirklich gesehen habe? Mein lieber Freund, ich kenne ihn so vollkommen, daß ich sogar die beiden Knöpfe auf der Rückseite seines Rockes vor mir sehe — die Knöpfe, die er selber nicht einmal sehen kann.“

Unser neuer Roman. Auf die Novelle „Finsternis“ von Andrejew lassen wir jetzt zwei kürzere Geschichten folgen, zuerst eine Kindererzählung „Der Würfel“ von dem schwedischen Erzähler Per Hallström, hierauf eine Obergeschichte „Die Wallfahrt nach Tinos“ von Max Hochdorf. Dann beginnen wir mit dem ersten deutschen Abdruck des neuen Romans von Upton Sinclair „Hundert Prozent“, einem packenden und spannenden Gegenstück zum „Amni Higgins“, der sich so großen Be-falls unserer Leser erfreuen durfte.

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die morgen, Donnerstag früh, der „Freiheit“ beiliegt, enthält folgende Beiträge: Octave Mirbeau: Der Volksmann. Eine humoristische Witzgeschichte. — Dr. Georg Wolff: Bazillenträger. — Der Sternenhimmel im März. — Dr. Thraenbart: Eine Vorfrühjahrskrankheit. — Laube und Gortz: Die Zählung der Hausierer. Des Kleinrentners Garten im März. Der Zimmergarten im März. — Winks für die Hausfrau: Fleischkonzerne in Bleichbächen. Ein vorzügliches Bohnengemüse.

### Tages-Notizen

Kollektive. Die erste der Literarischen Sonderausstellungen „1920“, in denen zu einem ganz geringen Eintrittspreise auch solche Werke einem Kreis literarischer Leser zugänglich gemacht werden, die bis wegen ihrer Eigen-art zur Aufführung im Rahmen der gewöhnlichen Wochenveranstaltungen nicht eignen, findet am 28. März, mittags, im Neuen Volkstheater statt. Zur Dar-stellung kommt unter der Regie von Emil Döb „Verdrängung“, ein Gedicht unter dem Kopentagen in Wolf Stollman, von Carl Sch. Korten für Mitglieder 5 Mk. und für Nichtmitglieder 10 Mk. können schon jetzt bezogen werden. (Geschäftsstelle des Vereins und Abzweigen von Döb.)

Wort und Bild im Dienste der proletarischen Revolution: Zu dieser dies schon angeführten Veranstaltung am Donnerstag in den Opernhallen, Wall-seestraße 142, erblühen unterhändige Arbeitsstunde Karten Nr. 1 Mk., nichtunter-haltend 2 Mk.

Ueber Sowjet-Rußland spricht Kritiker Politischer am 8. März in der Berliner Session, 8 Uhr.

# Die Folterkammer der Monarchisten

## Der Aulock-Prozess in Breslau

hätte und daß er nach seiner Einlieferung ins Generalkommando schwer mißhandelt worden sei und zwar durch Schläge mit einem Stahlhelm.

Die Verhandlungen gegen die drei Angehörigen des Freikorps Aulock wurden am Dienstag vor der Breslauer Folterkammer fortgesetzt. Die Zeugnisaussagen entrollen ein noch grauenvolleres Bild über die tierischen Taten des Freikorps Aulock als am vorhergehenden Tage. Der Zeuge Heimlich wurde am 17. März abends durch elf Soldaten verhaftet, zunächst nach der Gasanstalt und dann nach dem Schloß gebracht, wo er Spitzhaken laufen mußte. Dann kam er ins Generalkommando, wo er gefragt wurde, ob er der U. S. V. angehöre. Nach der Antwort erhielt er mehrere Faustschläge ins Gesicht. Ein Leutnant warf ihm vor, daß er einen Offizier erschossen haben solle. Der Zeuge verneinte dieses, worauf ihm der Offizier den Revolver an den Hals setzte und ihm den Tod androhte, falls er nicht die Wahrheit sage. Es würde ihm so gehen wie dem Juden Schottländer.

Der Zeuge wurde dann in den Keller geworfen, mit Gummi knäpeln und anderen harten Gegenständen bearbeitet. Der Angeklagte Walter rief dem Leutnant zu: „Schlagt das Nas doch tot!“ Der Zeuge brach dann in einer Ede bewußtlos zusammen, er wurde von dem Angeklagten Bischof solange geschlagen, bis er die Bewußtlosigkeit wiederbekam, und nun wurden die Schläge noch weiter fortgesetzt, bis er seinen Laut mehr von sich gab und bemerkt wurde, daß er sich etwas erholt habe. Er hielt die Bewußtlosigkeit wiederbekam, und nun wurden die Schläge noch weiter fortgesetzt, bis er seinen Laut mehr von sich gab und bemerkt wurde, daß er sich etwas erholt habe. Er hielt die Bewußtlosigkeit wiederbekam, und nun wurden die Schläge noch weiter fortgesetzt, bis er seinen Laut mehr von sich gab und bemerkt wurde, daß er sich etwas erholt habe.

Der Zeuge, Pitalleiter Otto, ist gleichfalls am 17. März verhaftet worden, angeblich wegen Anpreisung einer Patrouille. Auch er wurde in der schwersten Weise mißhandelt und zwar hauptsächlich durch Bischof. Er mußte während der Nacht mehrere Stunden mit dem Gesicht zur Wand gefesselt stehen. Erst nach der Auflösung durfte er zwei Stunden auf dem Fußboden ausruhen. Alle eingeleiteten Gesungenen wurden ähnlich behandelt. Der nächste Zeuge, Dr. Hansen-Chemnitz, war zu jener Zeit Arzt beim Aulock-Bataillon. Er schildert den Walter als einen kranken Soldaten, gegen den er nichts Rechtliches sagen könne. Der Arzt Dr. Weitzer, damals beim Freikorps Gauß tätig, hat einzelne Zeugen untersucht. Die Schläge, die Heimlich, Heitner und andere davontrugen, waren nach seiner Ansicht von einer Koppelschnalle verursacht. Es waren nicht besonders schwere Verletzungen. Die Kopfhaut sei „nur“ schwach durchgeschlagen gewesen.

Die Leute hätten sich körperlich und geistig ganz gut befunden.

Der Zeuge, Schiffsarbeiter Keller, wurde am 16. März, früh 4 Uhr, in seiner Wohnung in Tschansch aus dem Bette verhaftet, ohne zu wissen, um was es sich handele. Es wurde ihm zur Last gelegt, sich politisch betätigt zu haben, ferner Maschinengewehre besitzend zu haben. Der Zeuge erklärt, er sei Gemeindevorsteher und habe der Gemeinde gehörende Maschinengewehre besitzend. In einer Gemeindevorstellung sei dies zur Sprache gebracht worden. Jemande strafbare Handlung hätte er nicht begangen. Man brachte ihn ins Generalkommando und stellte ihn zunächst dem Oberleutnant Aulock vor. Dann wurde er eine Treppe höher geführt und mit den Worten empfangen:

„Ihr Schweine, ich werde euch keine machen und laufen lernen.“ Im Keller wurde er dann mit harten Gegenständen bearbeitet. Walter habe ihn den Mannschaften mit den Worten vorgeführt: „Das ist der Mann mit dem Eisernen Kreuz.“ Keller trug tatsächlich berechtigterweise das Kreuz und hatte es angelegt. Dann wurde der Zeuge wieder mit einer Peitsche geschlagen. Der Zeuge will die drei Angeklagten mit voller Bestimmtheit wiedererkennen. Von morgens bis abends mußte er mit dem Gesicht nach der Wand zu stehen. Walter habe den Befehl gegeben, sobald sich einer umdrehe oder spreche, solle er erschossen werden. Er beobachtete auch, daß alle Leute, die das Zimmer betraten, schwer mißhandelt wurden. Bischof sei der Haupttäter gewesen. Er habe ihn nur mit der Peitsche oder dem Gummi knäppel in der Hand gesehen.

Der Arbeiter Schröder ist ebenfalls am 16. März in Klein-Tschansch aus dem Bett heraus von einer Aulock-Patrouille verhaftet worden. Auch er erklärt, daß er sich nie politisch betätigt

Am Abend sei er nach dem Kleinkauer Gefängnis übergeführt, aber nach zwei Tagen wieder entlassen worden. Walter habe im Generalkommando eine halbe Stunde vor ihm gestanden und ihn in gemeinster Weise belächelt. Die Gesichtszüge dieses Mannes seien ihm so eingepreßt, daß er Walter unter Tausenden wiedererkennen würde. Der nächste Zeuge, Arbeiter Klante, war am 16. März auf der Bahnbühne. Er wurde unter der Beschuldigung verhaftet, eine Bekanntmachung der neuen Regierung abgerufen zu haben. Er bestritt dies ohne Erfolg. In ein Auto verladen, wurde er zunächst ins Regierungsgebäude gebracht und dort schwer mißhandelt. Im Generalkommando fragte ihn ein Offizier, ob er keine kalte Verbreitung weg habe. Nach Bejahung der Frage mußte der Zeuge von abends 7 Uhr bis früh 10 Uhr mit dem Gesicht nach der Wand stehen. Technisch erging es den nächsten Zeugen, dem Schmied Schaar und dem Arbeiter Janus.

Zu dem vorstehenden Prozessbericht ist noch nachzutragen, daß auch der Freikorpsführer von Aulock, ein Oberleutnant Schmidt und mehrere andere Offiziere an den Mißhandlungen beteiligt waren. Selbst der Angeklagte Walter sagte aus, Oberleutnant von Aulock habe zum mindesten die Schreie der Geschlagenen gehört, da sein Zimmer dicht neben dem Korridor lag, auf dem die Gefangenen mißhandelt wurden. Das Gericht ist bisher weder gegen Aulock noch gegen einen anderen Offizier eingeschritten. Nach der ganzen Sachlage sind aber die Offiziere für die schändlichen Streiche der Soldaten verantwortlich. Schreit das Gericht auch jetzt noch nicht gegen sie ein, dann liegt ein Fall bewährter Rechtsbeugung vor, der nach dem Gesetz mit Zuchthaus bestraft werden muß.

Aus den Zeugenvernehmungen ist noch nachzutragen, daß in der Folterkammer große Blutlachen standen, die von den Wunden herrührten, die man den Gefangenen beigebracht hatte. Ein Kriegsverletzte, der auf seine Wunde am Hinterkopf wies und um Gnade bat, wurde von den Heulenden gerade auf diese Stelle mit Gummi knäpeln geschlagen. Ein anderer Zeuge sagte aus, daß er zusammen mit einem Kadeführer verhaftet worden sei. Ein Soldat sagte: „Dein Kad kann ich gut gebrauchen, du lebst morgen doch nicht mehr.“ Der Kadeführer war wie alle anderen Gefangenen unschuldig, am anderen Tage fand ihn der Zeuge blutüberströmt und tot im Generalkommando. Die monarchistischen Heldenjöhne, die Aulock auf die Breslauer Bevölkerung hetzte, haben sich also auch des Raubes schuldig gemacht.

Charakteristisch ist fernerhin die Anspielung auf den Tod des Redakteurs Schottländer. Von seiner Ermordung müssen also die Offiziere des Freikorps Aulock unterrichtet gewesen sein. Schottländer wurde mit noch vielen anderen Gefangenen im Generalkommando ebenfalls einer Tortur unterzogen und dann erschlagen. Seine Leiche ist mit noch einer anderen später in der Ober gefunden worden. Die sechs anderen Mißverhafteten sind bis heute spurlos verschwunden. Ihre Leichen sind sicher irgendwo verscharrt worden, um die Spuren des Verbrechens zu verwischen.

Die Verteidiger der Angeklagten flehen während der bisherigen Verhandlung wiederholt Anträge, das Unrecht gegen sie auf die Barbaren anzuwenden. Das Gericht ist bisher einer Entscheidung aus dem Wege gegangen, sollten aber die Verbrecher tatsächlich amnestiert werden, dann würde sich das Gericht, das einen derartigen Spruch zu fällen wagte, moralisch auf die gleiche Stufe mit den Folterknechten stellen. Auf dieser moralischen Stufe scheint übrigens schon einer der Bataillonsärzte zu stehen, der solvel Menschenfreundlichkeit an den Tag legte, daß er behauptete, die Verletzungen der Mißhandelten seien „nur leichter Natur“ gewesen.

Ein weiteres Urteil über die Taten des Freikorps Aulock in Breslau erübrigt sich für heute. Wir stellen nur noch einmal fest, daß die verbrecherischen Instinkte der Soldaten von den Offizieren geweckt worden sind, die auf monarchistischem Boden stehen und durch den Kapp-Putsch die Monarchie dem deutschen Volke aufzwingen wollten. Nach dem Ergebnis des Breslauer Prozesses kann festgestellt werden, daß die monarchistischen Führer der Armee, kämen sie in Deutschland zur Alleinherrschaft, Horribi Ungarn noch übertrumpfen würden. Wer Sehnsucht nach einer derartigen Staatsverfassung hat, mag Monarchist werden.

## Eine Provokation

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Stettin, 2. März.

Auf der Vulkanwerft in Stettin ist es zu Differenzen mit den Unternehmern gekommen. Die Arbeiter waren bereit, bis an die Grenze des Erträglichsten nachzugeben. Die Unternehmer haben es aber auf einen Gewaltstreik abgesehen, sämtliche Arbeiter der Vulkanwerft wurden ausgesperrt. Die Verhandlungen, die am Montag und Dienstag unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten, des Regierungspräsidenten und des Polizeipräsidenten zwischen der Werkleitung und dem Betriebsrat unter Hinzuziehung der beteiligten Personen stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Die Vertreter der Regierung suchten mit allen Mitteln eine Verständigung herbeizuführen. Ihre Vermittlungsversuche wurden von den Arbeitern angenommen, von der Direktion abgelehnt. Die Arbeiter haben sehr weites Entgegenkommen gezeigt. In einer Bekanntmachung sprach die Direktion der Vulkanwerft die Entlassung der gesamten Arbeitererschaft aus.

Die Absichten der Unternehmer gehen deutlich aus der Tatsache hervor, daß ihre Plakate, in denen berichtet wurde, daß die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung, dem Betriebsrat und den Gewerkschaftsvertretern zu einer Verständigung nicht geführt haben, fertig waren und sich bereits gedruckt in den Händen der Arbeiter befanden, als die Verhandlungen noch stattfanden. Die Unternehmer wollten also getrennt der Parole der Hamburger Werftswaltingen die Verhandlungen unter allen Umständen scheitern lassen. Sie waren frei von dem Wunsch, irgendeine Verständigung zustande zu bringen.

Die Aussperrung ist kein Einzelfall, sie hängt mit der Provokation in Flensburg, die ebenfalls zu einer Aussperrung führte, eng zusammen. Aus bestimmter Quelle verlautet, daß der Unternehmerverband an sämtliche deutsche Schiffswerften ein Telegramm gerichtet hat, Konflikte mit der Arbeitererschaft zu suchen, um eine Aussperrung aller deutschen Werftarbeiter möglich zu machen. Unter den Arbeitern herrscht die Auffassung, daß die Unternehmer die Londoner Verhandlungen dazu benutzen wollen, um politischen Konfliktstoff in Deutschland aufzuhaufen. Durch Aussperrungen sollen die Arbeiter zu unbesonnenen Streichen verleitet werden, damit die Organe und ihre Hintermänner Gelegenheit zum Einschreiten und zur Errichtung einer Militärdiktatur bekommen.

Der den Vulkan-Arbeitern aufgezwungene Kampf begegnet der größten Sympathie der gesamten Stettiner Arbeitererschaft. Am Dienstag abend hat eine Volksversammlung aller Betriebsräte stattgefunden, die den ausgesperrten Vulkanarbeitern ihre volle Sympathie aussprach. Die Versammlung beschloß, in allen Betrieben zu diesem Kampf Stellung zu nehmen und erklärte sich bereit, falls es nötig wäre, die Vulkan-Arbeiter durch einen allgemeinen Streik zu unterstützen. Es handelt sich um circa 6500 ausgesperrte Arbeiter.

## 1 1/2 Milliarden für Wohnungsbauten

Auf Grund des Gesetzes zur vorläufigen Förderung des Wohnungsbauwesens vom 12. Februar 1921 hat die Reichsregierung den Ländern 1 1/2 Milliarden Mark als Voranschlag zur Beschaffung von Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt. Für die Gewährung von Baubehilfen sind von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats allgemeine Grundsätze erlassen worden, die in allen wesentlichen Punkten den bisher geltenden Bestimmungen des Reichsrats über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen vom 10. Januar 1920 angepaßt sind. Es darf daher noch mit einer rechtzeitigen Aufnahme der Wohnungsbautätigkeit für das Jahr 1921 gerechnet werden.

Gegen die Verlegung des Zentralnachweises für Kriegsgewinne wendet sich ein Antrag, den die Unabhängige Reichstagsfraktion zum Etat des Reichsanwalts des Innern eingebracht hat. Sie fordert die Unterbringung des Nachweises im Hause Dorotheenstr. 48.

Der Reichsrat beriet am Dienstag den neuen Etat für 1921. Die Beratung geht im Reichsrat sehr lebhaft vor sich, woraus zu schließen ist, daß dieser Etat nur geringe Veränderungen gegenüber dem Etat für 1920 enthält. Die Novelle zum Zuckersteuergesetz und das neue Sühngesetz wurden von der Tagesordnung abgelehnt.

Zahlungseinstellung einer Stadt. Der „Halleischen Zeitung“ zufolge hat die Stadt Halle bei Halle ihre Zahlungen bis zur anderweitigen Regelung ihrer Verhältnisse eingestellt. Gemungen war sie hierzu durch die Ablehnung der Steuererlässe durch die Kommunisten, die im Stadtparlament die Mehrheit haben. Ein Großwohnbau in Halle. Am Radeplan in Halle soll ein Wollentzucker errichtet werden. Das Gebäude wird zwölf Stockwerk hoch sein und Platz für 700 Bureauarbeitsplätze bieten. Das riesige Projekt ist finanziell gesichert, so daß die Bauarbeiten sofort aufgenommen werden können.

zu gewinnen in einem Umfang, daß damit auch nur annähernd die Wünsche der Gegner befriedigt werden könnten.

Der zweite Teil der Denkschrift geht dann im einzelnen auf die Bemerkungen der Allierten bezüglich der deutschen Einnahmen ein. Es wird vor allem die Frage der indirekten Besteuerung und ihre Ausbaufähigkeit kritisch gewürdigt. Es heißt weiter: „In diesem Zusammenhang mag darauf hingewiesen werden, daß man für Deutschland eine einigermaßen brauchbare Schätzung des gegenwärtigen Nominaleinkommens vornehmen kann an der Hand der Ergebnisse des Lohnabzugs, die oben genannt worden sind. Wenn nämlich die Einkommensverhältnisse, wie sie in den letzten Monaten aus dem Lohnabzug ersichtlich sind, für längere Zeit bleiben, so entspricht der Lohnabzug, da er zwei Drittel aller Steuerpflichtigen umfaßt, einem steuerpflichtigen Lohn- und Gehaltseinkommen von annähernd 60 Milliarden Papiermark. Nimmt man an, daß das Durchschnittseinkommen der übrigen Bevölkerung um 50 v. H. höher ist, so kommt man für dieses Drittel auf eine Summe von etwa 45 Milliarden Papiermark. Dazu kommt das Ertragsminimum und das Familienprivileg in Höhe von etwa 35 Milliarden; das ergibt ein gesamt Volkseinkommen in Papiermark in Höhe von 140 Milliarden. Um diese Ziffern herum dürfte das nominelle Einkommen des deutschen Volkes gegenwärtig oszillieren. Die Berechnung hat den Vorteil, daß sie sich aufbaut auf einer statistisch sehr brauchbaren Größe, nämlich dem durch den Lohnabzug feststellbaren Einkommen. Hier aber sind Hinterziehungen so gut wie ausgeschlossen, so daß dieser Ziffer besonderer Wert zukommt. In Gold umgerechnet ergibt sich aber bei 60 Millionen Bevölkerung auf den Kopf dann nur ein Gold Einkommen von 3 1/2 Goldmark pro Jahr. Hierin drückt sich die ganze Verarmung des deutschen Volkes aus. Die Ziffer wird so auch bestätigt durch die außerordentliche Unterbilanz des Außenhandels, durch die Notwendigkeit, mit Papiergeld einen großen Teil der Einfuhr zu bezahlen. Sie findet weiter ihre Bestätigung in der außerordentlich gedrückten Lebenshaltung des deutschen Volkes.“

Besätzlich der indirekten Besteuerung wird dann gesagt, was die deutsche Regierung tun müsse. Die Vorlagen sind zum größten Teil bereits fertiggestellt. Aus dem Einkommen erwartet man bereits für das Jahr 1922 durch Konsumermehrung und Steuererhöhung einen Mehretrag von 2 1/2 Milliarden Papiermark, im Beharrungszustande einen noch erheblich höheren Betrag. Trotzdem nun keine Steuererhöhungen in Aussicht stehen, werde auf die Dauer auch bei schärfster Einparnung kein besonders großer Ueberschuß über den eigenen inneren Bedarf zu erzielen sein. Es sei absolut unmöglich, die in den Pariser Beschlüssen geforderten Goldannuitäten auf dem Wege der Besteuerung aufzubringen.

## Griechenland lehnt ab

London, 1. März.

Konstantinopel meldet aus Athen: Die griechische Nationalversammlung hat eine Entschließung angenommen, die Kologeropoulos nach London übermittelt werden wird. Sie belagt im wesentlichen, daß Griechenland bei aller dankbaren Anerkennung des wohlwollenden Schutzes der Interessen des Landes durch die Allierten nicht imstande sei, den Vorschlag einer Revision des Vertrages von Sèvres anzunehmen, den es als eine Mindestentschädigung für seine Opfer betrachte.

## Der Bankrott des Völkerbundes

CC. Paris, 2. März.

Der Völkerbund hat endgültig auf die Volksstimmung in Wilna verzichtet, da sich die Vertreter Polens und Litauens gleichermäßen der Durchführung widersetzen. Der Völkerbund forderte die Vertreter der beiden Völker zu neuen Vorschlägen auf, damit die Sache endlich zur Regelung gelange.

Das ist die offene Bankrotterklärung des Völkerbundes. Tatsächlich hat sich Litauen nicht der Abstimmung widersetzt, sondern es hat nur gefordert, daß weitgehendste Garantien für die unbeeinträchtigte Abwicklung der Abstimmung gegeben werden. Der Völkerbund als Protektor Polens konnte seinen Schilling durch sanften Druck nicht veranlassen, diese Garantien zu geben. Anstatt daß nun die „Machtmittel“ des Völkerbundes, von denen so pomphaft im Völkerbunds-pakt die Rede ist, gegen Polen in Kraft treten, verzichtet man einfach auf die Abstimmung, um Polen nicht zu nahe zu treten.

Besser konnte sich der Völkerbund als einseitiger Anwalt der Interessen des Ententeimperialismus nicht enthalten. Und diese unmögliche Organisation, hinter der nicht die geringsten staatlichen Machtmittel stehen, sollte imstande sein, Konflikte unter den Großmächten zu schlichten! Je eher dieser Völkerbund verschwindet, um so besser für ihn, und um so besser für den wirklichen Völkerbund, den internationalen Sozialismus.

## Der Konflikt um die Insel Yap

Der Völkerbundsrat hat den Text der Antwort festgesetzt, die der amerikanischen Regierung auf ihren Protest in der Mandatsfrage gegeben werden soll. Die Note wird heute dem amerikanischen Botschafter in Paris übergeben werden. Der Text soll erst veröffentlicht werden, nachdem die Note in Washington angekommen ist.

Der „Matin“ erzählt, der japanische Botschafter Visconti Filippi habe in einer Rede gesagt, Japan stelle die allgemeinen Interessen des Völkerbundes über die besonderen Interessen Japans und sei infolgedessen zu jedem Kompromiß bereit. Man fasse eine Kombination ins Auge, durch die die Insel Yap unter japanischem Mandat belassen wird, das internationale Kabel aber unter amerikanischer Kontrolle kommt.

Die Antwort des Völkerbundsrats schweigt sich ansehnend über die deutschen Kolonien aus. Die Vereinigten Staaten haben in ihrer Note ausdrücklich erklärt, daß sie auch die Stellung der ehemals deutschen Kolonien im Stillen Ozean unter japanisches Mandat nicht billigen. Ob Japan auch hier zu jedem Kompromiß bereit sein wird, ist sehr zu bezweifeln.

Der König der Hammelstiege gestorben. Kikita von Montenegro, früherer Fürst und dann von eigenen Gnaden König des Zwergstaates Montenegro, ist gestorben. Es bestand kein nennenswerter Unterschied zwischen einem Brigantenhäuptling und diesem „König“, der deshalb auch den verdienten Beinamen eines „Königs der Hammelstiege“ führte.

Englisch-deutsche Heirat im besetzten Gebiet. Im englischen Unterhaus wurde auf Anfrage mitgeteilt, die Zahl der britischen Offiziere und Soldaten im rheinischen Besatzungsgebiet, die sich mit deutschen Frauen verheiratet hätten, betrage bis zum 31. 12. 1920 etwa 112.

Die Gesamtziffer der Arbeitslosen in der Welt. Aus einer Statistik, die vom internationalen Arbeitsbureau des Völkerbundes ausgearbeitet ist, geht hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen in den 20 größten Ländern der Welt von 10 895 000 Ende 1910 auf 13 222 000 Ende 1914 und auf 32 680 000 Ende 1919 gestiegen ist. Die Zahl der Arbeitslosen in Europa soll Ende 1919 allein mindestens 26 Millionen gegen 8 1/2 Millionen im Jahre 1910 betragen haben.

Lohnherabsetzungen im amerikanischen Bergbau. Im Hinblick auf die bedeutende Welle der Eisen- und Stahlpreise haben die Bergarbeiter von Cleveland sich mit einer Herabsetzung der Löhne um zwei Schilling täglich einverstanden erklärt.

